

## **USA: Diskriminierungsschutz erzürnt christliche Organisationen**

**Das historische Supreme-Court-Urteil, das LGBTI-Diskriminierung im Arbeitsrecht verbietet, führt zu teils absurden Horrorszenarien von Homo-Hassern. Den schlimmsten Vergleich lieferte ausgerechnet ein Verfassungsrichter.**

Am Montag hatte der amerikanische Verfassungsgerichtshof in Washington D.C. überraschend geurteilt, dass das seit 1964 bestehende Verbot von Geschlechterdiskriminierung im Arbeitsrecht auch die Merkmale sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität umfasst. Die Entscheidung fiel mit sechs gegen drei Richterstimmen. Jetzt versuchen konservativen Aktivist\*innen ihre Anhänger davon zu überzeugen, dass mit dem Urteil die Büchse der Pandora geöffnet worden und die Freiheit in Gefahr sei – so werben sie vermehrt um Spenden.

Am schockierendsten ist jedoch der Vergleich von einem der drei Verfassungsrichter, die das Urteil ablehnten. Der von George W. Bush zum Verfassungsrichter ernannte Samuel Alito erklärte in seiner Minderheitenmeinung, dass die breitere Definition für das Antidiskriminierungsmerkmal "Geschlecht" dazu führen könne, dass Vergewaltiger ebenfalls wegen des Merkmals "Geschlecht" als schützenswerte Gruppe anerkannt werden könnten. Er zitierte dazu mehrere Wörterbucheinträge zum englischen Wort "sex" (Geschlecht), von denen einige den Begriff als "Sexualtrieb oder Instinkt" umschreiben würden. Daher fragte er, ob es nicht "plausibel" sei, dass das Bürgerrechtsgesetz "Diskriminierung basierend auf jeglichem Sexualtrieb oder Instinkt sowie alle ihre Erscheinungsformen" verbieten könnte. "Etwa den Trieb zu vergewaltigen?", so Alito.

Die Ironie bei diesem Vergleich: Mit Brett Kavanaugh und Clarence Thomas stimmten ausgerechnet jene beiden Richter wie Alito mit "Nein", denen selbst sexuelle Übergriffe vorgeworfen worden waren. Anwältin Anita Hill hatte Thomas 1991 vor der Abstimmung zu seiner Bestätigung als Verfassungsrichter im US-Senat vorgeworfen, sie sexuell belästigt zu haben. Psychologieprofessorin Christine Blasey Ford warf dem von Donald Trump ernannten Brett Kavanaugh 2018 sogar versuchte Vergewaltigung vor. Die US-Senator\*innen ignorierten jedoch beide Vorwürfe, die bis heute noch nicht ausgeräumt worden sind.

Der Vergleich von Homosexuellen mit Vergewaltigern taucht in der Debatte um LGBTI-Rechte unter amerikanischen Konservativen immer wieder auf. 2013 erklärte etwa der Fernsehprediger und ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat Pat Robertson, dass Homosexuelle genau wie Mörder oder Vergewaltiger reformiert werden könnten: "Jeder, der Tausenden von Menschen als Pfarrer den Weg gewiesen hat, weiss sehr wohl, dass Gott die sexuelle Orientierung verändern kann. Ein Mörder kann sich verändern. Ein Vergewaltiger kann sich verändern. Ein Dieb kann sich verändern. Das sagt das Evangelium".

### **Homo-Hasser: Entscheidung führt zu "Chaos und enormer Ungerechtigkeit"**

Die Wut auf den konservativ geltenden Richter Gorsuch, der den Diskriminierungsschutz überraschenderweise anerkannte, kommt vor allem aus dem religiösen Lager. José Gómez, der Vorsitzende der nationalen Bischofskonferenz, gab sich "zutiefst besorgt" und sprach von einer "Ungerechtigkeit, die Auswirkungen auf viele Lebensbereiche haben wird".

Die Propaganda-Maschine der Homo-Hasser\*innen läuft nach dem Urteil bereits auf Hochtouren: Die LGBTI-feindliche Aktivistin Carrie Severino argumentierte etwa im "Christian Broadcasting Network", dass nun der Frauensport generell in Gefahr sei, weil mit dem Urteil auch Männer Zugang erhielten – sie müssten schliesslich nur behaupten, dass sie trans seien.

Kate Anderson von der homophoben Organisation Alliance Defending Freedom beklagte gar, dass "biologische Männer" nun angeblich Frauenhäuser stürmen dürften und damit die Sicherheit von ohnehin schon traumatisierten Frauen bedrohten. Auf Twitter erklärte die von Bürgerrechtler\*innen als "Hassgruppe" eingestufte Organisation, die Supreme-Court-Entscheidung "führt zu Chaos und enormer Ungerechtigkeit".

Das Urteil bedeutet auch eine Niederlage für die Trump-Regierung und mehr als ein Dutzend republikanische Landesregierungen, die im Vorfeld des Urteils in Briefen an den Supreme Court argumentiert hatten, dass sie Kündigungen aufgrund von Homo- oder Transsexualität für legitim hielten. Trumps Generalstaatsanwalt Noel Francisco hatte etwa vergangenes Jahr offiziell aufgefordert, die Klagen abzuweisen.

Präsident Donald Trump deutete am Montag auf die Frage eines Journalisten an, dass er das Supreme-Court-Urteil ohne Murren anerkennen werde. Der 74-Jährige ging allerdings in seiner kurzen und in typischem Trump-Jargon gehaltenen Antwort nicht auf Einzelheiten ein. Wörtlich sagte er: "Sie haben geurteilt. Ich habe die Entscheidung gelesen und einige Leute waren überrascht. Aber sie haben entschieden und wir leben mit ihrer Entscheidung. Darum geht es. Wir leben mit der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. Sehr mächtig. Tatsächlich eine sehr mächtige Entscheidung. Aber sie haben so geurteilt."

Die Regierung Trump hatte sich vorgängig unerbittlich dagegen gewehrt, dass LGBTI+ davor geschützt werden, alleine aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität von ihren Jobs gefeuert zu werden.

queer.de / 17.6.2020